



Mittwoch, 20. September 2023

## **Antrag Fraktion Freie Wähler/Freie Bürger**

### **Gegenstand:**

Unterbringung von Asylbewerbern

### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

allen zuständigen Asylbehörden mitzuteilen, dass eine menschenwürdige Unterbringung und gelingende Integration von weiteren Asylbewerbern in der Landeshauptstadt derzeit nicht möglich ist.

### **Begründung:**

In Dresden fehlen aktuell und auf längere Sicht dezentrale Unterbringungskapazitäten, denn Wohnraum ist knapp und begehrt. Zudem verhindern die politischen Rahmenbedingungen gegenwärtig Investitionen in neuen bezahlbaren Wohnraum. Bei der zentralen Unterbringung in Schulsporthallen, Zelten oder Alternativstandorten, wie der Messe, ist nur kurzfristig aber nicht dauerhaft eine menschenwürdige Unterbringung unter Berücksichtigung von Privatsphäre möglich.

Die bisherigen Integrationsbemühungen sind am Rande unserer Leistungsfähigkeit und haben sehr oft nicht die gewünschten Integrationseffekte erzeugt. Dies belegen aktuellen Zahlen. Seit 2015 hat sich die Anzahl der Ausländer in Dresden verdoppelt. Stand Ende 2022 sind über 20% ausländische Arbeitslose gemeldet. Von den erwerbsfähigen Leistungsbeziehern im SGB II sind dagegen 40% Ausländer.

Die Debatte in der Stadt um geplante Containerstandorte, die vergebliche Suche nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten, sowie der seit Juli andauernde verwaltungsinterne Hilferuf nach Unterstützung bei der Betreuung von minderjährigen Zuwanderern zeigen deutlich, dass Dresden an der Belastungsgrenze angekommen ist. Vor dem Hintergrund andauernder zusätzlicher Zuweisungen wird Integration nicht möglich sein und die vorhandene Infrastruktur überlastet. Die gegenseitige Akzeptanz als Grundlage für Integration steht auf dem Spiel.